

General-Anzeiger

Elberfeld

für Elberfeld-Barmen

Barmen

Hauptgeschäftsstelle u. Redaktion Walter-Rathenaustr. 50
Fernsprecher Nr. 4600, 4601, 4602, 4603 und 678.

(Allgemeine Zeitung für Berg und Mark.)

Hauptgeschäftsstelle und Redaktion Kienbergweg 57
Fernspr. für Geschäftsstelle u. Redaktion Nr. 714 u. 4997.

Die Beratungen des Reichskabinetts.

GA Berlin, 4. Sept. (Eig. Draht.) Wenn auch die deutsche Regierung noch nicht darüber unterrichtet ist, welche Forderungen die belgische Regierung stellen wird, so haben doch innerhalb der künftigen nächsten Wochen Beratungen über die eventuelle zu leistenden Garantien stattgefunden. Von der Reichsregierung sind die belgischen Vertreter Schröder und Bergmann in die Verhandlungen mit den belgischen Vertretern ausgetreten. In Regierungskreisen wird man, daß die Verhandlungen in Berlin nur eine vorläufige Zeit in Anspruch nehmen werden. Man ist sich darüber klar, daß die endgültige Entscheidung erst vom belgischen Kabinett in Brüssel gefällt werden kann. Die belgischen Vertreter werden vor der Hand nur die Vorschläge der deutschen Regierung annehmen. Was die Besprechungen mit den belgischen Vertretern anbetrifft, so ist anzunehmen, daß sie noch vor den Verhandlungen mit den belgischen Herren stattfinden werden.

Im Laufe des Nachmittags sind, wie gemeldet, zwei Chefbesprechungen abgehalten worden, in denen man sich mit den laufenden politischen Fragen beschäftigte. Außerdem empfing der Reichskanzler Frickhofen, der ihm u. a. Vortrag hielt über seine letzte Reise in das russische Hungergebiet. Weitere Verhandlungen finden im Reichsministerium für Landwirtschaft statt mit Vertretern der Landwirtschaft. Die belgische Regierung hat noch nicht geantwortet. Vor der Hand wurden die landwirtschaftlichen Vertreter über einige Vorschläge des Ministeriums informiert, insbesondere über die Gestaltung der Preise für Getreide. Außerdem wurden die Kartoffelerzeugnisse und die Durchführung der Kartoffelerzeugnisse sowie der Plan zu einer großzügigen Waffenspende besprochen. Über die letzte Frage wird in der nächsten Zeit auch noch mit dem Reichskanzler verhandelt werden.

Die Stellung Englands zur Poincaré-Note.

WTB London, 4. Sept. (Draht.) Der politische Bericht der „Daily Express“ schreibt, es besteht guter Grund zu der Mitteilung, daß die britische Regierung dem in Poincaré-Note, auf die Währungsnotiz enthaltenden Vorschlag zur Abhaltung einer Konferenz der Verbündeten im Herbst über die Kriegsschulden und Entschädigung zustimmen werde. In britischen Regierungskreisen besteht keine Zweifel, daß sich auf eine politische Erklärung einlassen zu einer Zeit, wo jede Unterstützung gemacht werden muß, um die europäische Lage zu bessern. Die britische Antwort werde sich daher in der Hauptsache mit größeren in Betracht kommenden Fragen befassen. Die britische Regierung begrüße die breite und umfassende Ansicht Frankreichs bezüglich der allgemeinen Lage. Sie bedeutet einen Fortschritt, verglichen mit der früheren Haltung dieses Landes.

Der Sonderbericht der „Daily News“ sagt, die britische Antwort auf die Note Poincaré werde erst abgegeben werden, wenn das gesamte Kabinett sich erwidern habe. In amtlichen Kreisen werde angenommen, daß die Antwort der Downing Street Frankreich im Verlauf der nächsten Woche zugehen werde. Wichtige Vorbereitungen hätten bereits stattgefunden. Lloyd George habe in Chequers die durch das Entschädigungsproblem geschaffene Lage mit Bradbury und Horne erörtert. Die britische Haltung gegenüber der Note Poincaré sei freundlich. Die britische Regierung begrüße den französischen Wunsch nach einer durchgreifenden und umfassenden Regelung der Kriegsschulden. Die Konferenz könne nicht gut vor Ende Oktober stattfinden. Brüssel werde als Zusammenkunftsort genannt.

Ein heftiger Ausfall.

WTB London, 4. Sept. (Draht.) Das „Daily Chronicle“ schreibt in einem Leitartikel, Poincaré-Note sei eines jener vorläufigen, nachschärfenden Dokumenten, das schwerlich zu einem anderen Zweck verfaßt worden sei, als um zu ärgern. Es bringe die Empfänger in das unangenehme Dilemma, daß sie entweder die darin enthaltenen Forderungen annehmen, was die Erörterung zu einem Streit erweitern würde, oder sie laufen, wenn sie sich still verhalten, Gefahr, daß ihr Schweigen gegen sie ausgelegt wird. Das Blatt bezeichnet die Note Poincaré als die am meisten unfreundliche und unangenehmste, die seit dem Kriege zwischen den Verbündeten ausgetauscht worden seien. Sie sei ein Beispiel in der ganzen Geschichte der Verhandlungen, das Großbritannien während des Krieges mit Frankreich habe, und unmissverständlich in dem vollkommen grundlosen Vergleich, der zwischen den Verbündeten und amerikanischen Anforderungen im Weltkrieg gezogen wurde, ein Vergleich, für den es schwer sei, einen anderen Beweggrund zu finden, als den, daß das blutige England und Amerika im Kriege. Das „Daily Chronicle“ fährt fort:

Wir haben nicht die Absicht, in Poincaré-Note zu laufen und den Vergleich bis zum Ende durchzuführen. Wir möchten nur sagen, daß, wenn Amerika sich an einem Punkt beteiligt, außerhalb dessen es sich nicht bewegen darf, dann muß es auch getreu haben, und daß, wenn wir eine Erwidrung unserer Interessen gewinnungswürdig, eine Amerika in dieser Lage war. Wenn in einem Falle der Krieg zu Beginn des Krieges empfunden wurde, so ist das ein seltsames Argument, das uns dem ersten Minister einer europäischen Nation vor der Vernichtung gestellt wurde, und das es nicht geworfen wird. Von dem Augenblick an, wo Poincaré-Note veröffentlicht wurde, haben wir durchaus und ehrlich versucht, ihn so gut zu nehmen, wie es ging. Wir haben trotz allem gehofft, daß er als Vorkämpfer einer extremen Ansicht mit einer entsprechenden Autorität über seine Grenzen bei dem Zustandekommen eines unentbehrlichen Kompromisses Unterstützung finden könnte. Man muß jedoch mit Bedauern eingestehen, daß der Ton dieser letzten Note vielmehr mehr als jede frühere Aktion oder Reaktion von seiner Seite diese Hoffnung sehr gering macht.

ben wurde, so ist das ein seltsames Argument, das uns dem ersten Minister einer europäischen Nation vor der Vernichtung gestellt wurde, und das es nicht geworfen wird. Von dem Augenblick an, wo Poincaré-Note veröffentlicht wurde, haben wir durchaus und ehrlich versucht, ihn so gut zu nehmen, wie es ging. Wir haben trotz allem gehofft, daß er als Vorkämpfer einer extremen Ansicht mit einer entsprechenden Autorität über seine Grenzen bei dem Zustandekommen eines unentbehrlichen Kompromisses Unterstützung finden könnte. Man muß jedoch mit Bedauern eingestehen, daß der Ton dieser letzten Note vielmehr mehr als jede frühere Aktion oder Reaktion von seiner Seite diese Hoffnung sehr gering macht.

Das Abkommen Stinnes-Lubet.

WTB Paris, 4. Sept. (Draht.) Marcel Guin hat eine Unterredung mit dem Senator de Lubet über die Vereinbarungen, die dieser mit Stinnes traf. Nach dem Bericht im „Echo de Paris“ hat die Einleitung der Abmachung folgenden Wortlaut:

In einer Zusammenkunft zwischen de Lubet und Stinnes legte de Lubet aus, daß die französische Lage ausnehmend die kritische Lage sei, in der sich noch heute die französischen Geschädigten der verfallenen Gebiete befänden, die noch ohne Obdach wären. Er hob den lindernden Einfluss auf die französisch-deutschen Beziehungen hervor, der aus einer wirtschaftlichen Teilnahme Deutschlands an dem Wiederaufbau der verfallenen Gebiete sich ergeben würde. Stinnes schloß sich diesem Gesichtspunkte de Lubets an und vereinbarte in der Absicht, seinen Wunsch kundzutun, zu diesem Wiederaufbau beizutragen, mit de Lubet das Nachfolgende: Es folgt dann die Abmachung, durch die Stinnes sich verpflichtet, dem Verbaute Material zu liefern. Es sei das, erklärte de Lubet, der Kontrakt, der, wenn er von beiden Seiten lokal durchgeführt werde, den Wiederaufbau der zerstörten französischen Städte und Dörfer in besonderer Weise beschleunigen könne. Nach Frankreich zurückgekehrt, machte er, wie das in der Abmachung festgelegt worden sei, der französischen Regierung sofort Mitteilung von der Abmachung. Um den Kontrakt möglichst nutzbringend zu verwerten, schuf der Verband ein besonderes Naturallieferungsamt, das sich aus dem Präsidenten und Verwaltungsratsmitgliedern des Verbandes der Cooperativen, des Verbandes der Kooperativen, des Verbandes der Architektenverbände und des Nationalverbandes für Hausbauwerk und öffentliche Arbeit zusammensetzte.

Leberdichten

und der Reparationsplan Stinnes.

b) Essen, 4. Sept. (Draht.) Der Alte Bergarbeiterverband und ebenso die übrigen Verbände und Gewerkschaften haben sich unbedingt gegen die Erweiterung der Leberdichten erklärt, die nach dem Plan von Stinnes zur Garantierung der Reparationsleistungen vorgesehen war. Die ablehnende Haltung wurde damit begründet, daß die Durchführung des am 1. September in Kraft getretenen Überschuldungsabkommens bereits an verschiedenen Stellen wegen der physischen Beschwerden der Bergleute auf Schwierigkeiten stöße. In Wirklichkeit ist die Haltung der Gewerkschaften wohl darauf zurückzuführen, daß die Kommunisten eine scharfe Agitation unter den Bergleuten gegen die Beteiligung an den Leberdichten entfachten. Das kommunistische „Kühnred“ fordert heute unerbittlich die Bergarbeiter dazu auf, wenn sie sich schon der Leistung von Leberdichten nicht entziehen könnten, so doch in der regelmäßigen Schichtzeit um so weniger zu arbeiten.

Völkerbundstagung in Genf

GA Genf, 4. Sept. (Eig. Draht.) Die erste Sitzung der dritten Völkerbundversammlung, die heute vormittag 11½ Uhr durch den derzeitigen Präsidenten des Rates, da Gama, brasilianischer Botschafter in London, eröffnet wurde, dauerte kaum eine halbe Stunde und brachte nicht einmal die erwartete Wahl des Präsidenten der Versammlung, da nach der kurzen französischen Ansprache des Tagespräsidenten die achtgliedrige Kommission zur Prüfung der Vollmachten der Delegierten gewählt wurde.

GA Genf, 4. Sept. (Eig. Draht.) Die zweite Sitzung der Völkerbundversammlung, welche um 4¼ Uhr nachmittags begann, brachte die mit Spannung erwartete Wahl des Präsidenten. Zunächst erstattete der kubaner Aguero den Bericht der Prüfungskommission für die Vollmachten der Delegierten, aus dem hervorging, daß bisher 44 Staaten von den 52 Mitgliedern des Völkerbundes vertreten sind. Darauf wurde, ohne daß Vorschläge gemacht wurden, sofort zur Abstimmung über die Wahl des Präsidenten geschritten. Von 44 abgegebenen Stimmen erhielt der chilenische Gesandte in London, Edwards, 42. Edwards übernahm sofort das Präsidium und dankte für die Wahl, die er als eine Ehre für ganz Südamerika bezeichnete. Er hoffte, daß seine besonderen Kräfte nicht allzu sehr hinter denen seiner berühmten Vorgänger Human und Karmeset zurückbleiben würden. Die dritte Versammlung des Völkerbundes habe das Werk der beiden ersten zu vervollständigen. Während der ersten Versammlung oblag dem Bund überhaupt ein Leben zu rufen, hatte die zweite die Schaffung eines internationalen Gerichtshofes zur Aufgabe. Die dritte Versammlung müsse nun das Werk des Völkerbundes konsolidieren. Edwards schloß mit dem Auftruf an das Wohlwollen und die Rücksicht aller

Delegierten, damit gute gemeinsame Arbeit geleistet werden kann.

Unterredung über die Lage Deutschlands

WTB Paris, 4. Sept. (Draht.) Nach einer Vorabmeldung aus London spricht man in gut unterrichteten Kreisen von einem Plan Lord Cecil's, der der gegenwärtigen Völkerbundstagung unterbreitet werden soll, in dem die britische Abordnung die Ernennung eines fünfgliedrigen Untersuchungsausschusses verlangen soll, um die wirtschaftliche Lage Deutschlands zu studieren.

Die Niederdeutsche Woche.

WTB Bremen, 3. Sept. (Draht.) Bei der Feier im Schauspielhaus hielt Gerhard Hauptmann eine Rede, in der er allen Europäern deutscher Zunge rief: „Bleibt einig im Glauben, im Glauben und in der Gewissheit, daß Deutschland den Hafen erreichen und wiederbegeleitet werden wird.“

Zugewiesen hatte sich vor dem Schauspielhaus eine große Menge angekommen, an die der Reichspräsident, lebhaft begrüßt einige Worte richtete, in denen er die Notwendigkeit betonte, daß jeder an seinem Teil mitwirken müsse an den großen Aufgaben der Nation zum Wiederaufbau Deutschlands. Nach der Gerhard-Hauptmann-Feier wohnte der Reichspräsident der Eröffnung der Niederdeutschen Woche bei, wo er auf Anfragen des Vorstandes der Niederdeutschen Generalkonferenz Hofmann und des Bürgermeisters Dr. Spitta mit einer Rede antwortete. Er führte u. a. aus:

Trübsaliger Bürgerkrieg und wirtschaftlicher Niedergang, wie sie von altersher in Bremen lebten, haben zur Gründung der „Niederdeutschen“ geführt, die es sich zur Aufgabe stellt, die in der Niederdeutschen Woche und deutscher Kultur in der niederdeutschen Heimat wiederbeleben. Ihr Verdienst wird das großartigste und wertvollste Werk dieser Niederdeutschen Woche, die die Liebe zur Heimat und zur Heimatkultur pflegen und vertiefen und in Erfüllung dieser Ziele alle niederdeutschen Stämme zu einer Gemeinschaft verbinden will. Eine große und schöne Aufgabe, und denen, die sie erkannt haben und sich in den Dienst ihrer Erfüllung stellen, gebührt herzlicher Dank. Gerade in dieser trüben Gegenwart, in der unser armes Volk so schwer wie nie zuvor unter äußerem Druck und der Entfaltung seiner freien Kräfte gehindert steht, ist es nötig, aus der Verzweiflung der Heimat, aus der Entfremdung ihrer Kräfte und deren Zusammenbruch mit dem großen Widerstand das Vertrauen auf die Zukunft zu schöpfen, das man in der Lage hat, die Welt zu meistern und zu beherrschen und damit für den besten Weg, den wir noch zu gehen haben werden. Dankeschön, daß wir niederdeutsche Fähigkeit haben, wie ihre Geschichte zeigt, auch in den schwierigsten Tagen aus den Kräften der Heimat, aus der opferbereiten Hingabe für die Heimat, aus dem Kampf um Schaffen und zu neuen Wegen gefunden. Ich freue mich, aus den Worten meiner Vorfahren vernommen zu haben, daß dieser starke Geist auch heute nicht verjagt ist, sondern fest und unerschütterlich weiterlebt und dem Kampf mit allen wirtschaftlichen und politischen Sorgen der Zeit unerschütterlich steht. Mit diesem Willen wird Bremen auch künftighin seiner Aufgabe getreu und gekämpft bleiben, der deutschen Wirtschaft ein wertvoller Mittler des Handels und des Seeverkehrs zu sein, mit dieser Zielsetzung wird es auch der großen Schwierigkeiten der Gegenwart nicht nachgeben. Ich hoffe, unsere Arbeit wird bereichert sein. Es ist überzeugend, daß die dabei reichten können auf verhältnismäßige Förderung des Reiches.

Die Niederdeutsche Woche ist in erster Linie eine Rundung der niederdeutschen Stämme. Sie will aber auch darüber hinaus eine Rundung sein für die Gemeinschaft aller deutschen Volksstämme und ein Bekenntnis für die Notwendigkeit des Zusammengehens aller Deutschen in den Lebensfragen unseres Vaterlandes. Das ist besonders in der Zeit der schicksalsschweren Zeit, das Bewußtsein, daß sich auf dem Boden der Heimat alle Stämme und alle Schichten unseres Volkes ein Wissen in der Willkür der ganzen deutschen Nation. Unsterblich verbindet ein hohes Band des Geistes, das die Deutschen mit den Deutschen verbindet. So wünsche und hoffe ich denn, daß von dieser Niederdeutschen Woche aus ein neues Leben, ein neues Leben und Bewußtsein über ganz Deutschland: der jäh, mutige und unverzagte Geist, der hier in Bremen und in Niederdeutschland lebt, und das Gefühl der Zusammengehörigkeit und innerer deutscher Volksgemeinschaft.

Zum Schluß sprach als Vertreter der niederdeutschen Universitäten der Rektor der Universität Münster, Prof. Dr. Rosemann.

Am Nachmittag besuchte der Reichspräsident das Sportfeld auf dem Peterswerder, wo er der feierlichen Mannschaft im Stafettenlauf, dem H. S. B. den Pokal der Befähigung überreichte. Hierbei wies der Reichspräsident auf die große Bedeutung des Sports für die Wiederherstellung des deutschen Volkes hin. Gegen Abend erfolgte die Weiterreise nach Kiel.

Der Wettlauf der Gebührenerhöhung

BB Berlin, 4. Sept. (Draht.) Vor dem heute zusammengetretenen Verkehrsbeirat beim Reichspostministerium erklärte den Blättern zufolge Reichspostminister Giesberts, die dem Reichsrat zugegangenen Entwürfe betr. Erhöhung der Gebühren seien bereits überholt. Der Minister legte eine in den letzten Tagen fertiggestellte Ergänzung dieser Entwürfe vor, in der u. a. folgende Gebührenerhöhungen vorgeschlagen werden: Postkarten im Ortsverkehr 3 Mark, im Fernverkehr 5 Mark, einfache Briefe 4 bis 10 Mark, Auslandsbriefe bis 20 Gramm 2 Mark, Telegrammgebühren im Ortsverkehr 3 Mark, im Fernverkehr 5 Mark. Bei den Fernsprechgeldern soll der Aufschlag, der bisher 160 Prozent betrug, auf 700 Prozent erhöht werden. Als Gebühr für Postanweisungen sind vorgeschlagen bis 100 Mark 6 Pf., bis 250 Mark 8 Pf., bis 500 Mark 10 Pf., bis 1000 Mark 12 Pf. ufm.

Das Arbeitszeitgesetz für Angestellte.

Von G. Buch-Dessau.

Die Gutachten des Reichswirtschaftsrates über den im Mai dieses Jahres eingebrachten Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes für Angestellte sind in Kürze zu erwarten; es erscheint daher zweckmäßig, sich mit den Bestimmungen der Gesetzesvorlage zu befassen.

Als Angestellte im Sinne des Entwurfes gelten vornehmlich Büroangestellte, Handlungsgehilfen und Lehrlinge. Das Gesetz umfaßt Personen beiderlei Geschlechts. Als weibliche Angestellte werden alle Personen weiblichen Geschlechts über 14 Jahre angesehen; Personen unter 14 Jahren unterliegen den Bestimmungen über Jugendarbeit. Personen beiderlei Geschlechts unter 14 Jahren tragen die Bezeichnung Kinder. Die in dem Gesetz mitzulegenden Bestimmungen für die Angestellten nehmen auf diese Altersgrenzen genau Bezug. Es macht keinen Unterschied, in welchem Betriebe, ob in einem Geschäft oder in einem öffentlichen Betriebe oder des privaten Rechtes, die Angestellten tätig sind. Die Bestimmungen des Gesetzes unterliegen nicht die landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Angestellten, die in der Fischerei und Schifffahrt angestellten Personen, Apotheker und Hausangestellte, sowie alle Betriebe, in denen nur Familienmitglieder tätig sind. Dem Gesetz unterliegen weiter nicht Geschäftsführer und Betriebsleiter, Professore, Angestellte, die eine Beamtenstellung verrichten, Angestellte mit einem Gehalte von über 100 000 Mark, die Vorstände und geschäftlichen Vertreter der juristischen Personen. Es was schwierig in der Anwendung erscheint die Bestimmung, daß auch Personen mit höherer geistiger Tätigkeit nicht unter die Wirksamkeit der Bestimmungen fallen.

Vinsichtlich der Bemessung der Arbeitszeit sind folgende Grundsätze als maßgebend anerkannt: Die Grundlage der Arbeitszeit bildet der Achtstundentag, bei Dringlichkeit der Arbeit sind aber Ausnahmen zugelassen. Es muß insofern stets eine Dringlichkeit für die Leistung von Überstunden vorliegen. Der Entwurf bringt eine Reihe sehr umgrenzter Ausweisungen, wann eine Durchbrechung des Achtstundentages zulässig ist und wann nicht. Zweifelsome wird hiermit die Arbeitszeit für Handel und Gewerbe nennenswert eingeschränkt; land doch bisher eine ziemlich weitgehende Ausnutzung des Rechtes der Leistung von Überstunden statt. Es wird auch zweifelsome zu unrichtigen Folgen führen, wenn die Arbeitszeit nach bestimmten Regeln festgelegt wird und nicht mehr den Bedürfnissen der einzelnen Betriebe und Geschäfte anzupassen ist. Hier dürfte noch eine grundlegende Änderung im Interesse der Gesamtwirtschaft erwünscht sein. Um eine Umkehrung der Bestimmungen nach diesem Ermessen unmöglich zu machen, werden auch die Nebenbestimmungen der Angestellten einer gewissen Kontrolle unterliegen. Die Nebenbestimmungen der Arbeitenden sind nur dann zulässig, wenn die Nebenbestimmung mit in den Kreis der allgemeinen Beschäftigung eingerechnet wird. In seinem Falle darf demnach auch bei einer Leistung von Nebenbestimmungen die Gesamtarbeitszeit in der Woche von 48 Wochenstunden überschritten werden. Es ist auch verboten, daß ein Arbeitgeber die sich hierzu ergibt zeigen oder die von sich aus um Nebenarbeit nachsuchen, nach der geleisteten normalen Arbeitszeit in einer Nebenbestimmung noch weiter tätig sein läßt. Bei diesen Bestimmungen ist nur eine Bestrafung des Arbeitgebers vorgesehen und nicht eine solche des Arbeitnehmer. Hierin wird von den Arbeitnehmern eine Unvollkommenheit der Bestimmungen erhebt, denn der gewerbliche Mittelstand und der Kleinhandel haben von dem Arbeitszeitgesetz für Angestellte erwartet, daß hierdurch nicht nur das soziale Schutprinzip für den Angestellten zum Ausdruck kommt, sondern vielmehr auch gleichmaßen ein Schutz für den Arbeitgeber gegen die unlautere Konkurrenz gefunden wurde. Da eine Arbeitszeitbestimmung für den Angestellten fehlt, der einer Nebenbestimmung nachgeht, sind gar keine Hemmnisse für den heimlichen Warenhandel der Angestellten gebracht worden, der seine bei dem Arbeitgeber gewonnenen Kenntnisse und Geschäftsverbindungen benutzt, um als Konkurrenz gegenüber seinem Arbeitgeber aufzutreten. Auch hier wird eine Umkehrung des Vorlages der Bestimmungen, die der Entwurf enthält, notwendig sein.

Nicht aufgenommen in dem Gesetze ist ferner die Forderung nach dem allgemein gültigen Gesetz um sechs Uhr. Eine allgemeine Normierung wird hier abgelehnt und nur eine gemeinschaftliche Regelung, die durch einen Bezirkswirtschaftsrat zu erfolgen habe, wird vorgeschlagen. In dem Bezirkswirtschaftsrat nicht vorhanden, dann soll die in Frage kommende Verwaltungsbehörde eine entsprechende Anordnung vornehmen. Im allgemeinen ist anzunehmen, daß die Voraussetzungen die eine Einführung des Schutzes-Zabensatzes ermöglichen würden, kaum erfüllt werden können. Wenn ein Beschluß über die frühe Schließung der Läden gefaßt werden soll, dann ist hierzu das Einverständnis der Vertretung der Angestellten und Geschäftsinhaber herbeizuführen.

Der Grundgedanke der Leistung von Nebenbeständen ist durch das Gesetz nicht unterbrochen worden. In jedem Falle müssen die zu leistenden Nebenbeständen gleichermaßen sein. Um eine genaue Kontrolle über die Einhaltung der geleisteten Normalarbeitszeit zu gewinnen, wird der Arbeitgeber verpflichtet, eine Aufzeichnung der im

10000 Mark Mindestgehalt für Hamburg sind Lohnverhandlungen zwischen Theaterdirektoren und Schauspielern zum Abschluß gekommen. Das Ergebnis war ein für zwei Monate lauffendes Tarifabkommen zwischen beiden Parteien. Danach erhalten die Mitglieder der Hamburg-Altonaer Bühne eine Mindestgehalt von monatlich 10000 Mark, Darsteller mit Entkommen bis zu 15000 Mark eine 50prozentige Erhöhung, bis zu 18000 Mark 30 Prozent Zulage, darüber hinaus 20 Prozent; dazu kommt die Anderweitige, die von der Mindestgehalt erreichbar wird, und ein am 1. September bereits zahlbarer, unverzinslicher Vorschuß in Höhe von 5000 Mark. — Auch die Berliner Theaterdirektoren, deren Abkommen mit den Mitgliedern am 30. September abläuft, haben ähnliche Forderungen der Berliner Schauspieler vorgelegt bekommen.

Gründung eines Deutsch-Brasilianischen Landestheaters. „Voll und Heim“, die Zeitschrift des Vereins für das Deutschtum im Auslande, berichtet von dem Plan der Gründung eines Deutsch-Brasilianischen Landestheaters, dessen Hauptaufgabe es sein würde, den deutschen Kolonien in allen Teilen des Landes, besonders in den Europäischen, den Genuß der Aufführung guter deutscher Bühnenspiele zu verschaffen.

Vertreter: Rudolf Nachtigall, Elberfeld, Haarbauststraße 5, Fernsprecher Nr. 422 u. 423.

[illegible]

